

Arbeiten aus dem



OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

Working Papers

Nr. 244

März 2003

Szenarien der mittelfristigen Konvergenz der EU-Beitrittsländer Polen, Slowakische Republik und Ungarn

Volkhart VINCENTZ, Michael KNOGLER

ISBN 3-921396-81-6

Gutachten im Auftrag des
Bundesministeriums der Finanzen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	ix
Einleitung und Aufbau der Arbeit	1
I. Konvergenz und Wachstumspotential	3
1. Ausgangsniveau der Beitrittsländer	3
2. Konvergenz der Beitrittsländer	5
2.1. Einige theoretische Anmerkungen	5
2.2. Empirische Resultate	8
2.2.1. Wachstum in den Transformationsländern in den neunziger Jahren.....	8
2.2.2. Konvergenzstudien für Osteuropa.....	10
2.2.3. Ergebnisse der Konvergenzstudien.....	13
II. Wachstumsquellen in den Beitrittsländern.....	17
1. Produktionspotential und Wachstum	17
2. Arbeitskräfteangebot	22
2.1. Demographische Entwicklung	22
2.2. Beschäftigung.....	24
2.2.1. Wachstum und Beschäftigung.....	24
2.2.2. Beschäftigung, Partizipation und Arbeitslosigkeit	26
2.3. Faktoren des geringen Beschäftigungsaufbaus	30
2.3.1. Sektorale Beschäftigungsverschiebung	31
2.3.2. Abbau der hohen Lohnnebenkosten	33
2.3.3. Lohnwachstum	35
2.3.4. Skill und regional mismatch.....	40
2.4. Projektion des Arbeitsangebots.....	43
2.4.1. Beschäftigungsprojektionen Ungarn, Polen und Slowakische Republik.....	44
2.4.2. OEI-Szenario	46

III. Wachstumsstrategien.....	50
1. Die Wachstumsstrategie im Licht internationaler Erfahrungen	51
2. Entwicklung der Nachfragekomponenten 1995 – 2010.....	53
2.1. Außenhandel	54
2.1.1. Die Strategie des export-geführten Wachstum	54
2.1.2. Die Entwicklung des Außenhandels in Osteuropa	55
2.1.3. Marktanteile und Exportstruktur.....	56
2.1.4. Polen.....	59
2.1.5. Slowakische Republik.....	61
2.1.6. Ungarn.....	63
2.2. Investitionen	64
2.2.2. Die Investitionsziele der Länder.....	66
2.2.2.1. Polen	66
2.2.2.2. Slowakische Republik	68
2.2.2.3. Ungarn	69
2.3. Ausländische Direktinvestitionen.....	70
2.3.1. Polen.....	72
2.3.2. Slowakische Republik.....	73
2.3.4. Ungarn.....	73
2.4. Konsum	74
2.5. Sozialhaushalte	76
2.5.1. Reform der sozialen Sicherungssysteme	76
2.5.2. Demographische Entwicklung	78
2.5.3. Implikationen für die Staatshaushalte.....	81
2.5.4. Zukünftige Entwicklung der Gesundheits- und Rentensysteme	83
3. Zusammenfassung: Ersparnis und Investitionen	88
IV. Risiken	94
1. Divergierende Wachstumspfade	94
2. Alternative Szenarien der mittelfristigen Entwicklung	96
2.1. Das Verteilungsproblem	96
2.2. Relative Preise und reale Investitionsquoten	98
2.3. Exportdynamik und Wachstum	101
2.4. Produktivität – Preise – Wettbewerb	105
2.5. Aufweichung der Binnenmarktregeln	107
Anhang A: Vergleiche des BIP verschiedener Länder	110
Anhang B: Reform der Rentensysteme	113
Tabellenanhang C.....	120
Literaturverzeichnis	121

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Veränderungen (1995 –2000) der Relation von Pro-Kopf BIP in KKS und in realen Größen im Verhältnis zum Durchschnittswert der EU	3
Tabelle 2	BIP pro Kopf	4
Tabelle 3	Konvergenz in Jahren für unterschiedliche Szenarien	10
Tabelle 4	Konvergenz zum Niveau der Länder der Süd-EU	11
Tabelle 5	Wachstumsraten und Anzahl der Jahre zur Konvergenz	13
Tabelle 6	Prognosen des BIP Wachstums	14
Tabelle 7	Beispielrechnungen für Konvergenzprozesse	16
Tabelle 8	Zurechnung der Wachstumsquellen 1994 – 2010	19
Tabelle 9	Beitrittskandidaten: Bevölkerungswachstum	23
Tabelle 10	BIP- und Beschäftigungswachstum in den Beitrittskandidaten 1989-2001 .	25
Tabelle 11	Arbeitsproduktivität 1998	26
Tabelle 12	Monatliche Arbeitskosten in Euro 2000	37
Tabelle 13	Relatives Niveau der Lohnstückkosten 1998	38
Tabelle 14	Ungarn: Beschäftigungsszenario 2001-2005	44
Tabelle 15	Polen: Beschäftigungsszenario 2001-2005	45
Tabelle 16	Slowakische Republik: Beschäftigungsszenario 2001-2005	46
Tabelle 17	Arbeitsangebot Polen 2000-2010	47
Tabelle 18	Arbeitsangebot Ungarn 2000-2010	48
Tabelle 19	Arbeitsangebot Slowakische Republik 2000-2010	49
Tabelle 20	BIP-Wachstums pro Jahr	51
Tabelle 21	Übersicht Außenhandelsentwicklung	57
Tabelle 22	Außenhandelsindikatoren Polen.....	60
Tabelle 23	Prognosen der Außenhandelsentwicklung Polens	61
Tabelle 24	Außenhandelsindikatoren Slowakische Republik.....	62
Tabelle 25	Prognosen der Außenhandelsentwicklung der Slowakischen Republik.....	62
Tabelle 26	Außenhandelsindikatoren Ungarn	63
Tabelle 27	Prognosen der Außenhandelsentwicklung Ungarns	64
Tabelle 28	Bruttoinvestitionsquoten	65
Tabelle 29	Prognosen der Bruttoanlageinvestitionsquote	67
Tabelle 30	Bruttoanlageinvestitionsquote 2002.....	68
Tabelle 31	Bruttoanlageinvestitionsquote 2002.....	69
Tabelle 32	Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen	71
Tabelle 33	Prognosen der Netto-ADI	72
Tabelle 34	ADI in der Slowakischen Republik.....	73
Tabelle 35	Konsum privater Haushalte pro Kopf in 2000.....	74
Tabelle 36	Konsumausgaben des Staates pro Kopf 2000 in KKS	75
Tabelle 37	Beitrittskandidaten: Demographische Last 1980/1999	79

Tabelle 38	Rentenausgaben in den Staatshaushalten.....	82
Tabelle 39	Ausgaben für Gesundheit.....	83
Tabelle 40	Staatshaushalte.....	84
Tabelle 41	Polen: Long-term sustainability of public finances.....	85
Tabelle 42	Polen, Ungarn: Altersrenten 2000-2050.....	86
Tabelle 43	Übersicht der Entwicklung der Verwendungskomponenten des BIP 2000 – 2010.....	89
Tabelle 44	Prognosen des Leistungsbilanzsaldos.....	90
Tabelle 45	Tragbares Leistungsbilanzdefizit.....	93
Tabelle 46	Investitionsquoten in nationalen und internationalen Preise für 1999.....	99
Tabelle B1	Ungarn: Vorgesehene Beitragssätze zum Rentensystem.....	114
Tabelle B2	Indikatoren zu den Rentensystemen, Sozialversicherungsbeiträge.....	119
Tabelle C1	Beitrittskandidaten: Beschäftigungsquote 1996-2001.....	120
Tabelle C2	Beitrittskandidaten: Erwerbsquote 1996-2001.....	120
Tabelle C3	Beitrittskandidaten: Arbeitslosenquote 1996-2001.....	120

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Wachstum 1996 - 2000 und BIP pro Kopf 1995 der osteuropäischen Beitrittskandidaten ohne Bulgarien und Rumänien.....	9
Abbildung 2–4	BIP-Wachstum und Leistungsbilanzdefizite.....	20
Abbildung 5	Beitrittsländer: Arbeitsproduktivität, jahresdurchschnittliche Wachstumsraten 1994-97 und 1998-2000.....	25
Abbildung 6	Beitrittskandidaten: Beschäftigungsquote 2001.....	28
Abbildung 7	Beitrittskandidaten: Erwerbsquoten 2001.....	28
Abbildung 8	Beitrittskandidaten: Arbeitslosenquoten 2001.....	29
Abbildung 9	Beitrittskandidaten: Langzeitarbeitslosigkeit.....	29
Abbildung 10	Beitrittsländer: Beschäftigung nach Sektoren 2000.....	31
Abbildung 11	Beitrittskandidaten: Beschäftigung im privaten Sektors 1991/2000.....	32
Abbildung 12	Beitrittskandidaten: Steuerliche Belastung der Arbeit.....	34
Abbildung 13	Beitrittskandidaten: Schattenwirtschaft 1998/99, Beschäftigungsquote in der Schattenwirtschaft.....	34
Abbildung 14	Beitrittsländer: Reallöhne und Arbeitsproduktivität in der Industrie 1994-2000.....	36
Abbildung 15	Arbeitslosenquote 25-59 Jahre nach Ausbildungsniveaus 1998.....	41
Abbildung 16	Bevölkerung im Alter von 30-39 und 25-59 Jahren mit mindestens gehobener Sekundärausbildung (oder höher) 1998.....	42
Abbildung 17	Pro-Kopf BIP der Kohäsionsländer (1960 –2000).....	52
Abbildung 18	Produktion, Handel und ausländische Direktinvestitionen.....	56
Abbildung 19	Exportwachstum.....	59
Abbildung 20	Konsumquoten.....	75

Abbildung 21	Ungarn: Demographische Last 2000-2050	80
Abbildung 22	Polen: Demographische Last 2000-2050	80
Abbildung 23	Slowakische Republik: Demographische Last 2000-2050	81
Abbildung 24	Außenhandel mit verarbeiteten Waren und Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe	104
Abbildung 25	Auswirkungen höherer Wettbewerbsintensität auf einen monopolistischen Anbieter	106
Abbildung A1	Preisniveauindices vs. Pro-Kopf Einkommen für 40 Länder, 1999	111
Abbildung B1	Ungarn: Rentenersatzrate	115
Abbildung B2	Polen: Rentenersatzrate	116
Abbildung B3	Slowakische Republik: Rentenersatzrate	118

Kurzfassung

Die Osterweiterung der EU löst Hoffnungen, aber auch Ängste und Befürchtungen aus. Langfristig erhofft man sich nicht nur eine höhere Dynamik des Wachstums durch die neuen Mitgliedstaaten, sondern auch einen Zugewinn an sozialer und politischer Stabilität in der gesamten Region. Dem stehen Befürchtungen gegenüber, der Zusammenschluss von Mitgliedern mit höchst unterschiedlicher Wirtschaftskraft und hohen Unterschieden im Lebensstandard könnte zu Belastungen und Verwerfungen im neuen Europa führen. Nicht zuletzt deshalb stellt sich die Frage, ob und wie schnell sich die Wohlstandsunterschiede zwischen den alten und neuen Mitgliedern der EU ausgleichen werden.

Die vorliegende Studie lotet die Bedingungen, Chancen und Risiken eines solchen Konvergenzprozesses aus. Um dies in der notwendigen Tiefe und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Ausgangspositionen tun zu können, beschränkt sich diese Arbeit auf drei neue Mitgliedsländer: Polen, die Slowakische Republik und Ungarn. Wo es möglich war, haben wir in den Überblickstabellen aber auch die anderen Beitrittsländer (BL) aus Mittel-Osteuropa aufgenommen.

Die Untersuchung basiert auf einer gemäßigt optimistischen Annahme über das zukünftige BIP-Wachstum. Das zugrunde gelegte Basisszenario folgt für 2001 – 2005 den in den Pre-Accession Economic Programmes (PEP) vorgezeichneten Entwicklungslinien, wobei Schätzungen und Prognosen unterschiedlicher Quellen für die einzelnen Verwendungskomponenten einbezogen werden. Für die zweite Hälfte des Jahrzehnts wird, unter Berücksichtigung von Studien zu internationalen Konvergenzprozessen, für alle drei Länder ein BIP-Wachstum von 5% unterstellt. Unter diesen Annahmen erfordert die Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen dieser Länder an 75% des EU-15 Niveaus fast zwei (Polen: eher drei) Dekaden.

Ausgehend von dieser Projektion des Produktionswachstums untersucht die Studie im Einzelnen die dem angestrebten Konvergenzprozess zugrundeliegende Wachstumsstrategie der Beitrittsländer, die Angebotsfaktoren des Wachstumsprozesses (Arbeit, Kapital, technischer Fortschritt) sowie die Entwicklung der Nachfragekomponenten (Verwendungsseite

Die Konvergenzprozesse in Ungarn, Polen und der Slowakischen Republik bergen Chancen und Risiken.

Die Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen an 75% des EU-15 Niveaus benötigt zwei bis drei Dekaden.

des BIP). Abschließend werden verschiedene Risiken, die den angestrebten Wachstums- und Konvergenzprozess gefährden können, diskutiert.

Investitionsorientierte Wachstumsstrategie

Die dem angestrebten Konvergenzprozess zugrunde liegende Wachstumsstrategie der mittel-osteuropäischen Länder beruht auf folgenden Komponenten:

- hohe, deutlich über dem EU-Durchschnitt liegende Investitionsquoten von etwa 30%; die in hohem Maße durch Direktinvestitionen aus dem Ausland (ADI) gespeist werden sollen;
- ein hohes Exportwachstum, welches deutlich über dem Produktionswachstum liegt;
- ein relativ schwaches Konsumwachstum (unterhalb des Produktionswachstums);
- die Beschäftigung, die bisher abnahm oder stagnierte, soll mäßig wachsen.

Diese Wachstumsstrategie unterstellt einen engen Zusammenhang von Investitionen und Wachstum. ADI kommt insofern ein wichtiger Stellenwert zu, als sie zum einen wesentlich zur angestrebten hohen Investitionsquote beitragen sollen, und zum andern durch den damit verbundenen Transfer von Technologie und Wissen positive externe Effekte erzeugen. Letzteres gilt auch für die aus dem Ausland importierten Investitionsgüter, insbesondere Anlagen und Maschinen, die durch hohe Exporterlöse finanziert werden müssen. Ein export-geführtes Wachstum kann sich entwickeln, wenn es sukzessive gelingt, immer stärker heimische Produzenten von Vorprodukten in die vertikale Produktionskette der oftmals ausländischen Exportunternehmen einzubeziehen.

Diese Strategie wurde bisher unterschiedlich in den einzelnen Ländern umgesetzt. Das Ziel der Importsubstitution von Vorprodukten für die oftmals ausländische Exportproduktion wird in Ungarn am konsequentesten, wenn auch bisher nicht mit den erhofften Erfolgen, durchgeführt. Die Slowakische Republik baut dagegen seit 1999 mehr auf einen laissez faire Ansatz, der keine deutlichen Anreize zur Attrahierung spezifischer Produzentengruppen setzt. Polen ist allein wegen seiner Größe mehr binnenwirtschaftlich orientiert. Im Unterschied zu der Betonung der ADI in den meisten MOE-Ländern, ist die Politik in Slowenien deutlich skeptischer gegenüber den Wachstumseffekten von ADI.

Die Wachstumsstrategie beruht auf hohen Investitionsquoten, kräftigem Exportwachstum bei moderat wachsender Beschäftigung, ...

... wobei ausländische Direktinvestitionen den Investitionsprozess stützen und für Technologietransfer sorgen sollen.

Export-geführtes Wachstum erfordert eine stärkere Integration der heimischen Produzenten in die Exportproduktion.

Wachstumsstrategie wird noch unterschiedlich umgesetzt ...

Die Wachstumsstrategie greift Elemente erfolgreicher Aufholprozesse in anderen Ländern auf. Die Betonung der ADI entspricht der irischen Politik, die allerdings streng darauf bedacht war, export-orientierte ADI mit einem Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften anzuziehen. Die Strategie ähnelt der Politik Südasiens mit ihren hohen Investitionsquoten, die allerdings oftmals mit Industriepolitik gekoppelt waren. Hohe Investitionsquoten waren andererseits kein Charakteristikum des irischen Aufholprozesses.

... und enthält Elemente international erfolgreicher Aufholprozesse.

Wachstum bei moderatem Beschäftigungszuwachs

Das unterstellte Produktionswachstum impliziert bei Einhaltung der skizzierten Wachstumsstrategie einen durchaus realistischen Beitrag des technischen Fortschritts von 2% jährlich. Anders als in der Vergangenheit basiert diese Abschätzung der angebotsseitigen Wachstumsquellen auf einer Zunahme der Beschäftigung und einem weiterhin schnellen Wachstum des Kapitalstocks. Im Zeitraum 2001 – 2005 ist das Produktionswachstum von der Nachfrageseite durch die weltweiten rezessiven Tendenzen begrenzt, was besonders in Polen im Vergleich zur Vorperiode den Beitrag des technischen Fortschritts zum Wachstum senkt.

Aufholendes Wachstum bei schnellem Kapitalaufbau und moderatem technischen Fortschritt ist möglich.

Die demographische Entwicklung spielt für die Entwicklung der Beschäftigung bzw. des Arbeitsangebots nur eine untergeordnete Rolle. Wichtiger für das Arbeitsangebot war in der Vergangenheit der starke Rückgang der Erwerbsneigung, dem u.a. die politische Entscheidung, den Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit durch großzügige Regelungen zur Frühverrentung zu begrenzen, zugrunde lag. Allerdings scheint inzwischen der Tiefpunkt dieser Entwicklung überwunden zu sein. Die Studie geht für die Zukunft von steigenden Erwerbs- aber auch Beschäftigungsquoten aus, wobei unterstellt wird, dass institutionelle Reformen auf den Arbeitsmärkten dieser Länder den Beschäftigungsaufbau unterstützen. U.a. geht es dabei um die Reform der Lohnfindungssysteme, den Abbau der hohen Lohnnebenkosten und der daraus resultierenden Verdrängung in die Schattenwirtschaft sowie um Maßnahmen zur Verringerung der hohen regionalen Disparitäten.

Trendwende in der Beschäftigungsentwicklung setzt institutionelle Reformen auf den Arbeitsmärkten voraus.

Bis 2005 projektieren die drei Länder einen moderaten Anstieg der Beschäftigung. In Ungarn sollen nach einem Rückgang der Beschäftigung in 2002 erst ab 2004 Zuwächse von 1% erreicht werden. Bis 2005 wird trotz des leichten

Rückgangs der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter eine geringe Erhöhung des Arbeitsangebots erwartet, da die Erwerbsquote um rund einen Prozentpunkt ansteigt. Im Ergebnis wird eine stagnierende Arbeitslosenrate erwartet. In Polen wird ein jahresdurchschnittliches Beschäftigungswachstum bis 2005 von 0,7% unterstellt. Mittelfristig wird die Entwicklung des Arbeitsmarktes durch die anhaltende Restrukturierung geprägt. Erst ab Mitte des Jahrzehnts wird mit einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet. Die slowakische Regierung geht in ihrer Projektion ebenfalls davon aus, dass auch künftig die Arbeitsmarktentwicklung noch von der Restrukturierung und der Anpassung an die neuen Wettbewerbsbedingungen geprägt wird. Ab 2004 soll die Beschäftigung dann um 1% jährlich ansteigen. Die Arbeitslosigkeit bleibt zunächst, wie in Polen, auf hohem Niveau.

Mittelfristig bleibt die Arbeitslosigkeit in Polen und der Slowakischen Republik auf hohem Niveau.

Prioritäten der Nachfrage weitgehend unverändert

In der Vergangenheit profitierten die osteuropäischen Länder von den rasch wachsenden Auslandsmärkten sowohl durch Exporte als auch durch ADI. Ob die Exporte weiterhin, wie in den letzten zehn Jahren mit zweistelligen Wachstumsraten, ein wesentlicher Wachstumsfaktor für Osteuropa sein können, hängt von der weiteren Entwicklung des Weltmarktes ab. Aber auch bei niedrigerem Exportwachstum wird es künftig notwendig sein, dass die Ausfuhren schneller als die Weltmärkte wachsen, d.h. die Länder müssen ihre Marktanteile an den Auslandsmärkten weiter ausdehnen. Dieses wird besonders für die slowakische Republik schwer zu erreichen sein.

Die Exporte der Beitrittsländer müssen schneller wachsen als der Weltmarkt; es müssen Marktanteile gewonnen werden.

Alle Länder haben in der Vergangenheit ihre Investitionsquoten deutlich erhöht, wobei die slowakische Republik schon immer sehr hohe Quoten von teilweise über 30% aufwies. Allerdings wurde der Anstieg der Investitionsquoten 2000/2001 unterbrochen. In Ungarn reagierte man auf den Rückgang der Auslandsnachfrage mit Stützung der Konsumnachfrage, in Polen führte die Stabilisierungsrezession mit hohen Zinssätzen zum Rückgang der Investitionsnachfrage. Ab 2003 sollen dann aber die Investitionsquoten wieder steigen. In der slowakischen Republik ist die Ausgangslage etwas anders, dort will man die bereits hohe Investitionsquote stabilisieren.

Alle drei Länder haben bereits relativ hohe Investitionsquoten erreicht. 2000/2001 Einbruch bei den Investitionen in Polen und Ungarn.

Auch in Zukunft spielen die ausländischen Direktinvestitionen auch rein quantitativ eine bedeutende Rolle für den Investitionsprozess. Zwischen 15 – 20 Prozent trugen sie in

Polen und Ungarn zu den Gesamtinvestitionen bei, in der Slowakei lag der Beitrag im einstelligen Bereich. Für dieses Jahrzehnt gehen wir von etwa konstanten ADI auf dem derzeitigen Niveau aus. Wenngleich es regionale Umschichtungen geben kann, erwarten wir kein signifikantes Wachstum der ADI im Zuge des EU-Beitritts.

Der Konsum ergibt sich unter den oben gemachten Annahmen als Residualgröße. Er ist in diesem Jahrzehnt durch leicht sinkende Konsumquoten in Polen und Ungarn gekennzeichnet, während in der slowakischen Republik eine Zunahme der Konsumquote möglich sein sollte, wenn die hohe Investitionsquote in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts leicht reduziert wird. Der staatliche Konsum, der in der Vergangenheit deutlich sank, wird sich auf dem jetzt erreichten Niveau stabilisieren, wenn man die Anforderungen an staatliche Dienstleistungen wie Verkehr, Bildung etc. betrachtet.

Zu berücksichtigen sind bei der künftigen Entwicklung des privaten/öffentlichen Konsums insbesondere die Sozialhaushalte, hier vor allem die Rentensysteme, in denen sich die demographischen Entwicklungen unmittelbar niederschlagen. Wie in den meisten OECD-Ländern stellt der Alterungsprozess der Bevölkerung auch die Beitrittskandidaten langfristig vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Langfristige Bevölkerungsprojektionen zeigen jedoch, dass sich zumindest bis 2010 für die drei Länder keine dramatischen Veränderungen aus der zu erwartenden demographischen Entwicklung ergeben.

Um die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Sozialhaushalte abzufangen und einen Anstieg der ohnehin sehr hohen Rentenbeiträge zu vermeiden, wurde in den letzten Jahren in allen drei Ländern eine Reform der Rentensysteme eingeleitet. Polen und Ungarn haben bereits vom reinen Umlageverfahren auf den Einbau von Elementen des Kapitalverfahrens umgestellt. In der Slowakischen Republik ist der Aufbau einer kapitalgedeckten Vorsorge ab 2003 geplant. Auch das Umlageverfahren selbst wurde reformiert, indem generell der Zusammenhang zwischen Beitragszahlungen und Renten verstärkt und der Anreiz zur Frühverrentung abgeschwächt wurde. In Ungarn und der Slowakischen Republik soll das Rentenalter erhöht werden.

Vor dem Hintergrund dieser Reformen werden in Ungarn und Polen die Ausgaben für Altersrenten bis 2010 sinken und erst danach wieder ansteigen. Dies spiegelt die Verlagerung zu kapitalgedeckten Rentensystemen wider. Nach Projektionen werden bis 2010 keine unüberbrückbaren finanziellen Belastungen erwartet. Allerdings wird sich die Rentenprob-

ADI bleiben auch nach dem EU-Beitritt auf ihrem derzeitigen Niveau.

Die Konsumquote wird in Ungarn und Polen leicht sinken. Der in der Vergangenheit deutlich gesunkene staatliche Konsum wird sich auf dem erreichten Niveau stabilisieren.

Die demographische Entwicklung führt ab 2010 zu erheblichen Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Rentensysteme.

Die Reform der Rentensysteme wurde in allen drei Ländern eingeleitet. Ungarn und Polen haben bereits vom reinen Umlageverfahren auf Elemente der kapitalgedeckten Vorsorge umgestellt.

lematik danach bis 2050 deutlich verschärfen. Dieses würde noch verstärkt, wenn die Renten enger an den allgemeinen Produktivitätsfortschritt gekoppelt werden. Szenarien für Ungarn und die Slowakische Republik zeigen, dass bis 2050 mit einem Defizit des Umlagesystems in Höhe von 1 –2 % zu rechnen ist.

Unter diesen Bedingungen hinsichtlich der Entwicklung von Außenhandel, Investitionen und Konsum sind Leistungsbilanzdefizite von 3 – 4% möglich, ohne dass die Verschuldung steigt. In der slowakischen Republik liegt das Leistungsbilanzdefizit noch deutlich höher bei 6%, da mit hohen ADI gerechnet wird. Nähert sich aber auch hier der Anteil der ADI am BIP den Raten von Polen und Ungarn (3 – 4%), so kann ebenfalls nur ein Defizit der Leistungsbilanzdefizit in dieser Höhe finanziert werden. Setzt Polen die Politik einer realen Abwertung in den nächsten Jahren durch, so sinkt das tragbare Leistungsbilanzdefizit.

In den PEP sind unterschiedliche EU-Transfers von 1–2% des BIP in 2004/2005 eingeplant. Die slowakische Republik hat in ihre Projektionen keine Zahlungen aus der EU eingestellt. Für die zweite Hälfte des Jahrzehnts kann aber von solchen Transfers in Höhe von 3% des BIP ausgegangen werden. Dieses führt zu einer deutlichen Entlastung der Leistungsbilanz. Damit sind in diesem Zeitraum Leistungsbilanzdefizite von 5 – 6% jährlich ohne größere Finanzierungsprobleme möglich. Dieses sollte, soweit die EU-Mittel effektiv für Investitionen eingesetzt werden, die investitionsbasierte Wachstumsstrategie stützen.

Die Darstellung in den PEP ist nicht immer ausreichend, um die Konsistenz der Projektionen zu überprüfen. Insbesondere fehlen Informationen über Preisentwicklungen und einzelne Komponenten der Zahlungsbilanz, die für die Beurteilung der Kompatibilität zwischen dem Außenbeitrag aus der VGR und dem Leistungsbilanzsaldo wichtig sind. Es fehlen auch die fiskalischen Implikationen der angedachten Reformen der Sozialhaushalte wie auch Diskussionen über die erwarteten Produktivitätsfortschritte (siehe dazu unten die Bemerkungen zur Investitionseffizienz).

Konvergenzprozesse nicht ohne Gefahren

Das vorgelegte optimistische Basisszenario unterliegt verschiedenen Risiken, die einen langsamer als erwarteten Aufholprozess Realität lassen werden können. Nicht auszuschließen sind auch Divergenz- statt Konvergenzprozesse.

Bis 2010 ergeben sich keine unüberbrückbaren finanziellen Belastungen in den Rentensystemen.

Das zugrundeliegende Szenario ermöglicht bei entsprechenden ADI Leistungsbilanzdefizite von 3-4% des BIP, ohne dass die Verschuldung ansteigt.

Mögliche EU-Transfers in Höhe von 3% des BIP erhöhen in Zukunft den außenwirtschaftlichen Spielraum...

... und stützen bei effizientem Einsatz die investitionsbasierte Wachstumsstrategie.

Die Konsistenz der Pre-Accession Economic Programmes ist nicht immer überprüfbar.

Risiken für den Aufholprozess sind vorhanden. Divergenz der Wachstumsprozesse ist möglich.

Das Verteilungsproblem

Im dargestellten Szenario gibt es nur geringe Spielräume für eine Umverteilung zugunsten des Konsums bzw. der Lohn-einkommen. Steigende Lohnstückkosten bzw. steigende So-zialausgaben könnten nur durch die Verminderung der Inves-titionsquote und/oder steigende Leistungsbilanzdefizite fi-nanziert werden, da auch eine stärkere Belastung der Unter-nehmensgewinne im Rahmen des geplanten Umbaus der Steuersysteme angesichts der Notwendigkeit hoher Selbstfi-nanzierungsraten ausscheidet.

Nur geringe Spielräume für eine Umverteilung zugunsten des Konsums und der Löhne

Reale Investitionsquoten

Die oben skizzierte Investitionspolitik, die auf einer Berech-nung zu nationalen Preisen beruht, verkehrt sich ins Gegen-teil, wenn man die realen Investitionsquoten für 1999 in in-ternationalen Preisen berechnet, die erst einen länderübergrei-fenden Vergleich möglich machen. Diese liegen in den drei Ländern mit 15 – 18% deutlich unter denen der EU-15 und weit unter den Investitionsquoten von 24 – 30%, die sich aus der Berechnung in nationalen Preisen ergeben und mit denen die PEP arbeiten. Der Grund für diese großen Abweichungen ist, dass die relativen Investitionsgüterpreise in den Ländern deutlich höher sind als die internationalen Preise. Eine Kon-sequenz aus der Umrechnung ist, dass die Investitionseffi-zienz in allen Ländern sehr hoch war. Zum anderen ergibt sich, dass eine Erhöhung der realen Investitionsquoten auf ein Niveau von 25% eine sehr starke Erhöhung der heimischen Sparquote voraussetzt. Auf Grund der abweichenden relati-ven Preise können die „Investitionsanstrengungen“ in Form von Konsumverzicht (Ersparnis) und physischen Investi-tionsgütern auseinanderfallen.

Die realen Investitions-quoten liegen deutlich unterhalb des EU-Niveaus, da die relativen Investitionsgüterpreise sehr hoch sind.

Investitionsanstrengun-gen laufen unter Um-ständen ins Leere.

Weltmarktentwicklung

Die Wachstumsstrategie der Länder baut auf einer Dynamik der internationalen Beziehungen auf, wie sie in den achtziger und neunziger Jahren zu beobachten war. In der derzeitigen konjunkturellen Schwäche sind nicht nur erstmals seit vielen Jahren die Weltexporte langsamer gewachsen als die Produk-tion, sondern auch die ausländischen Direktinvestitionen. Auch die Übernahmen und Zusammenschlüsse von Firmen haben weltweit rapide nachgelassen. Kehrt die frühere Dy-namik im Handel und bei der Vertiefung der vertikalen Ar-beitsteilung (outsourcing) nicht in den nächsten Jahren zu-rück, so wäre die Strategie des export- und ADI-basierten Wachstums in Osteuropa gefährdet.

Ohne Erholung des Welthandels ist die Wachstumsstrategie gefährdet.

Das Margenproblem/Wettbewerbsfähigkeit

Ein Beitrittskriterium ist, dass die Länder dem Wettbewerbsdruck des gemeinsamen Marktes standhalten können. Bei verstärktem Wettbewerb und sinkenden Preisen könnten die Gewinnmargen in den osteuropäischen Ländern weiter unter Druck geraten. Bereits in der Vergangenheit verloren heimische Produzenten hohe Marktanteile auf den Konsumgütermärkten an die Importkonkurrenz. Agglomerationsvorteile und Vorteile der Massenproduktion können nicht nur zu stärkerem Preisdruck, sondern auch zur Divergenz der Wachstumsprozesse zwischen den Ländern führen. Dieses gilt besonders für die Konkurrenz um ausländische Direktinvestitionen, die nicht in allen Ländern im gewünschten Ausmaß zur Verfügung stehen könnten.

Bei verstärktem Wettbewerb im gemeinsamen Markt könnten die Gewinnmargen unter Druck geraten.

Aufweichung der Binnenmarktregelungen

Der einheitliche Binnenmarkt setzt die Durchsetzung umfangreicher Regeln zur Erhaltung gleicher Wettbewerbsbedingungen im europäischen Wirtschaftsraum voraus. Die bestehenden Defizite vieler osteuropäischer Länder bei der Durchsetzung der gesetzlichen Regelungen, die weiterhin bedeutende Korruption und der Zwang zur sozialen Abfederung (Subventionierung) noch ausstehender Restrukturierungsprozesse, könnten zu einer unterschiedlichen Handhabung der Binnenmarktregeln führen, die letztlich auch die Gefahr einer Aufweichung der Regeln im gesamten europäischen Raum in sich bergen.

Defizite im Rechtssystem, Korruption und Zwang zur sozialen Abfederung der Restrukturierung können zur Aufweichung der Binnenmarktregeln führen